

Markt und steigen gegen das Vorjahr nur um 31 000 Mk. infolge der Erhöhung der Gehälter (nach dem „Besoldungsdienstalter“) und der steigenden Druckkosten. Es wird also hier gegetelt, man unterläßt Ausgaben, die absolut notwendig sind. Zu einem öffentlichen Skandal haben auch die Zustände im Patentamt geführt. Es ist jenseit gekommen, daß die Beamten „streikten“, d. h. sich weigerten, schriftliche Arbeiten außerhalb der Dienststunden gegen miserablen Lohn zu verrichten. Darunter leidet aber auch das Publikum, denn die Erledigung der Patentfälle wird verzögert. Grund ist auch hier der Mangel an Personal, eine Folge der „Sparsamkeit“. Dabei liegen die Dinge so, daß die Einnahmen aus den Gebühren 10 Millionen betragen, die Ausgaben 5,3 Millionen. Jetzt endlich entschließt man sich, mehr Beamte einzustellen, was eine Mehrausgabe von 128 000 Mk. nach sich zieht. Bei andern Ämtern läßt man es darauf ankommen, daß der Skandal ebenso offenkundig wird und spart, d. h. sorgt nicht dafür, daß die Aufgaben bewältigt werden können.

Im außerordentlichen Etat des Reichsamts des Innern finden wir eine Ausgabe von 50 Millionen Mark, davon entfallen 48 Millionen auf die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals. (Insgesamt sollen diese Arbeiten 114 Millionen kosten, bis jetzt sind 66 Millionen verausgabt, der Rest wird jetzt gefordert.) Diese Ausgabe fällt hauptsächlich dem Maritimus zur Last, denn die Erweiterung und Vertiefung geschieht vor allem deshalb, um den Kriegsschiffen, den neuen Panzerkreuzern, die Durchfahrt zu ermöglichen, für Handelschiffe genügt der Kanal wie er ist. Die übrigen 2 Millionen Mark betreffen ein Kulturwerk, nämlich die Ausgabe zur Förderung des Baues von Wohnungen für die Beamten und Arbeiter der Staatsbetriebe, durch Gewährung von Darlehen an private Bau-Gesellschaften. Die Summe ist bei weitem zu gering. In der Erklärung aber heißt es: „Bei Beschränkung auf die in erster Linie zu berücksichtigenden Darlehensbeträge, wird mit dem eingestellten Betrag auszukommen sein“. Mit andern Worten: man beschränkt die Ausgabe, während in Wirklichkeit der Bedarf bei weitem größer ist. Dabei hat sich dieser Versuch, das Wohnungswesen zu mildern, insofern gut bewährt, als die Zinsen und Tilgungsraten sehr regelmäßig gezahlt werden und nur der Wunsch, den Etat künstlich herabzubringen, verhindert eine vermehrte Ausgabe.

Das sind einige Proben der Sparsamkeit, wie sie Herr Bermuth läßt. Die „Finanzreform“, wie er sie mit dem Schnapsloß durchgeführt hat, verlagert er auf die Ausgaben niedrig halten. Da er bei Bemessung der Ausgaben für Heer und Marine nicht viel zu sagen hat, so knauser er an den Ausgaben für Kulturzwecke und schiebt notwendige Mehrausgaben in verschiedenen Verwaltungszweigen hinaus. Noch drastischer kommt das zum Ausdruck bei den Erwerbsunternehmungen des Reiches, was jedoch ein Kapitel für sich ist.

Soldaten dürfen keine Politik treiben!

Inbesondere dürfen sie an keiner politischen Versammlung teilnehmen. So ist es Reichsgesetz, und es dürfte auch noch keinem deutschen Soldaten eingefallen sein, in der Uniform eine politische Versammlung zu besuchen. Am Sonntag abend in Göttingen konnte man nun sogar rund 200 Soldaten vom 2. Bataillon des dortigen 82. Infanterieregiments staunend bemerken, für die ein Ausnahmerecht zu gelten schien. Der Reichstagsabgeordnete Lattmann hielt einen Vortrag über „Die Kolonialpolitik von Bismarck bis Dernburg“. Da der Besuch nur sehr spärlich zu werden versprochen — es füllten kaum 100 Zivilpersonen den größten Saal Göttingens — so hatte man sich offenbar nach Lüdenbüschen umgesehen und sie beim 82. Regiment gefunden. — Es muß den verantwortlichen militärischen Stellen vielleicht zugute gerechnet werden, daß die Veranstalter des Vortrags ihnen gegenüber wohl das Hauptgewicht auf die dem Vortrage folgenden Lichtbilder gelegt haben dürften. Tatsache ist

„Was ich dir sagen wollte, ist, daß von der Stunde an, wo du dich erdreistet hast, mit ihm gemeinsame Sache zu machen und meinem väterlichen Befehl und Willen zu trotzen, es in meinem Hause vorbei ist mit „dem Fahren mit Madam Kristensen“. Ich habe dies „Welbergetue und dies Geiltschen zwischen den Brücken satt. Von jetzt an gehen wir wieder auf die alten langen Frachten, wo man Mann ist! und willst du nicht mitfahren, kannst du daheim bleiben.“

„Wie du willst, Kristensen! . . . Ich sehe, daß du vieles imstande bist, du — schickst den Jungen den einen Weg und die Frau den andern!“

„Was ich imstande bin, kann dir gleich sein. Du aber läßt die Sache von jetzt an ruhen. Hörst du, Gertrud! Ich habe meinen einzigen Sohn verloren, auf den ich große Hoffnungen gesetzt habe — daß er mehr erreichen sollte als ich erreicht habe — und ich will nicht noch mehr verlieren. Sei vernünftig genug, nicht an dem zu rühren, was ich nur trachten muß, zu vergessen! Ich bitte dich um deine und meine Willen, Gertrud — ich möchte dich ungern auch noch verlieren! . . . Seine Briefe will ich nicht mehr vor Augen sehen.“

Madam Kristensen hatte harte, brennend bittere Worte auf den Lippen gehabt, von seinem Eigenwillen und seiner blinden herzlosen Gewalttätigkeit gegen den eignen Sohn und daß er und kein anderer alle Schuld trage. Aber diesem Ausbruch gegenüber schwieg sie.

Der Abend war im Sinken. In dem blauen Stageral lagen die Segel wie weiße, bis in die Dämmerung verstreute Punkte. Und der Rutland lag da mit seinem unruhigen Großbaum und schlingerte, als hätte er seinen festen Ballast im Kiel verloren. Es war ganz windstill über den Dünungen und sommerwarm und aus dem leichten Nebel flossen am späten Abend einige schwache matte Sterne . . .

Sie versorgte ihren Mann schweigend beim Abendbrot, — lehte ihm einen warmen Trunk vor. Aber an diesem Abend wie in der kommenden Nacht und von da an an vielen Tagen und Nächten waren diese beiden Menschen im Grunde getrennt und allein . . . jeder sein Teil tragend, sein Teil denkend!

(Fortsetzung folgt.)

jedenfalls, daß im 2. Bataillon Umfrage gehalten wurde, wer den Vortrag gegen 10 Wfg. Eintrittsgeld besuchen wolle — den Zivilisten wurden 2, 1 und 1/2 Mk. abgenommen. — Tatsache ist ferner, daß 200 Soldaten unter Führung von 10 bis 12 Unteroffizieren an einer politischen Versammlung teilgenommen haben und zu diesem Zwecke — die Veranstaltung war erst gegen 11 Uhr zu Ende — Urlaub erhalten haben müssen. Sie marschierten nach dem Vortrage in Reih' und Glied nach der Kaserne. Man denke nur nicht etwa, daß der Abgeordnete Lattmann nur eine sachliche Erklärung zu harmlosen, völlig unpolitischen Bildern gegeben hätte und wende nicht ein, daß es keine regelrechte politische Veranstaltung gewesen sei. Nein, man hält es für kaum glaublich, der Reichstagsabgeordnete Lattmann hielt einen an kritischen Bemerkungen reichen, richtigen politischen Vortrag von mehr als einstündiger Dauer. Zum Beweise des politischen Charakters seiner Ausführungen sei folgendes darüber mitgeteilt. Der Redner hielt entgegen der jetzigen Auffassung der Reichsregierung die Meinung Bismarcks für richtig, daß die Kolonien Eigentum von privaten Gesellschaften sein sollten, die nur den diplomatischen Schutz und Rückhalt des Reiches genießen. Wäre man bei dieser Auffassung geblieben, so hätte manches gespart werden können. Ferner warnte Reichstagsabgeordneter Lattmann vor einer Unterschätzung, aber auch vor einer Ueberschätzung Dernburgs, der trotz aller seiner Tüchtigkeit nicht das geleistet hätte, was er erreicht hat, wenn nicht inzwischen das deutsche Volk reif geworden wäre für koloniale Fragen. Er wandte sich auch gegen die Presse, die seinerzeit kolonialen Schmutz, dessen Existenz Herr Lattmann freilich nicht bezweifelte, an die Öffentlichkeit geizert und breit getreten habe. In großer Weite ging der Redner des Weiteren auf die Eingebornenfrage ein, die man in Berlin vielfach falsch behandelt habe. Er bemerkte zwar, nicht sagen zu wollen, alle Anwesenden sollten seine Ansicht darüber annehmen, aber er schien es wohl zu wünschen. Sonst brauchte er nicht anzuführen, daß man zu wenig der Massenfrage näheretrete, daß die Schwarzen nicht gleichberechtigt werden sollen oder können — auch nicht durch das Christentum! — sondern daß die Weißen immer die Beherrscher der Reger sein sollen, die nur ihre Arbeiter darstellen. Nach diesen sehr nach moderner Sklaverei riechenden Wendungen wandte sich der Redner sogar mit seinen persönlichen politischen Betrachtungen nach Deutschland und beklagte sich über schwarze Bauernschläger, vor denen unsere Soldaten stramm stehen müßten. Gegen die Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens an einen schwarzen Hauptling im Hagenbedschen Tierpark durch den Kaiser sprach Herr Lattmann sich sehr scharf aus. Er meinte — ist das vielleicht unpolitisch? — die Deute, die daraufhin das Allgemeine Ehrenzeichen zurückweisen, haben mehr Verständnis für die Massenfrage als die diese Auszeichnung jenem Reger zuteil werden lassen. Auch darin lag eine politische Kritik, wenn der Redner beklagte, daß in den Kolonien zu Dernburgs Zeiten zuviel Wert auf großkapitalistische Unternehmungen gelegt wurde, und der Schlusswahn, daß wieder mehr Bismarckische Gedanken in unsere Kolonialpolitik hineingetragen werden müßten, ist doch wohl auch politisch! Die dem Vortrage folgenden kinematographischen Lichtbilder wurden ohne mündliche Erläuterung vorgeführt und vermochten eine ganze Reihe von Soldaten, die schon gegen Schluß der Lattmannschen Rede eingeschlafen waren, nicht zu wecken. Viele dieser, die nicht schliefen, gingen lange vor dem Schlußbilde aus dem Saale.

Man darf gespannt darauf sein, was der Reichstagsabgeordnete und der Kriegsminister im Reichstage, vor den die Angelegenheit sicher gebracht werden dürfte, zur Entschuldigung für diese Art politischer Betätigung deutscher Soldaten sagen werden. Allerdings gehört ja die wirtschaftliche Bereinigung, deren Redner von militärischer Seite so massenhaft unterstützt wurde, zum schwarzen Regierungsbloß, und „Hurrah!“ darf der Soldat schreien, nur nicht „Psui!“

Bewerklchaftsbewegung.

Eine hehre Aufgabe.

Die klassenstaatlichen Organe der Bourgeoisie sind gegenwärtig vollauf beschäftigt, neue Methoden zur Anebelung der Arbeiter zu erfinden: Ausnahmegeetze, Einschränkung des Koalitionsrechts, Verschärfung der Strafgesetze usw. — das alles erregt auf das lebhafteste die erhitzte Phantastie so mancher strebhamen Bureaokraten. Und das Scharfmachertum ist emsig bemüht, Scheit auf Scheit herbeizutragen, um das Feuerchen, an dem die Arbeiterbewegung rösten soll, zu immer intensiverer Glut zu entfachen: man sammelt eifrig „Material“, um einem neuen Judasgeseß zum Leben zu verhelfen. Nach anderen Verbänden hat denn nun auch der Ostpreussische Arbeitgeber-Bezirksverband für das Baugewerbe an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, das den bekannten Haß gegen die Arbeiterbewegung ausatmet und wie folgt lautet:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Die Streiktrawalle in Berlin-Moabit haben den Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände in Berlin veranlaßt, der Frage näher zu treten, ob es nicht angebracht erschiene, gegen die von den Streikposten oft verübten Mißbräuche und Ausschreitungen, speziell gegenüber den arbeitswilligen Arbeitern, vorzugehen.

Die Behörden sehen sich nach der jetzigen Auslegung der Gesetze meist außerstande, gegen diese Mißbräuche einzuschreiten. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe will dem Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände ein möglichst reichhaltiges und einwandfreies Material zur Verfügung stellen, damit auf Grund desselben die geeigneten Maßnahmen gegen die bestehenden Mißbräuche getroffen werden.

Wir richten deshalb an alle Mitglieder unseres Verbandes die dringende Bitte, uns möglichst innerhalb einer Woche die in den letzten Jahren vorgekommenen Fälle von Ausschreitungen der Streikposten ausführlich zu berichten.

Mit kollegialem Gruß

Ostpreussischer Arbeitgeber-Bezirksverband.

Für das Baugewerbe Rechtsanwalt Franz Ryter,
Paul Rausser, Vorsitzender. Symbifus.

Wer die Methoden der Unternehmerverbände kennt, wer da weiß, wie skrupellos in so manchem Berichte an die bürgerliche Presse die Wahrheit zur Dirne gemacht wird, der kann sich wohl vorstellen, wie ein solchermaßen

gesammeltes „Material“ beschaffen sein wird. Und welche Sorte von Menschen es ist, die da als Lieblings des Unternehmers Schutz in höherem Maße als bisher genießen soll. Das haben die Dinge e tuitt quanti gezeigt. Bei den Dingen lagen die Dinge ja noch obendrein so, daß er den ausweichendsten polizeilichen Schutz als Streikbrecher genoss, in dessen Berichte und Polizei Moniteur Hinge in seiner Eigenschaft als Uebertreter bestehender Gesetze steckbrieflich suchten und beim besten Willen nicht finden konnten. Wer da aber meint, daß ein solcher Vorgang nur ein Einzelfall gewesen sei, daß die Polizei doch nicht gleichzeitig Uebertreter suchen und schlingen Wanne, dessen Glaube wird wohl einigermassen durch eine Gerichtsverhandlung in Gießen erschüttert, in der der zwanzigjährige Friedrich Werner aus Kaiserslautern zu lebenslänglicher Zuchthaus verurteilt wurde. Werner hatte schon ein ansehnliches Päckchen Straftaten auf dem Kerbholz, und als er alle seine Verbrechen, wie Raubmordversuch, Versuch eines Bombenattentats auf einen Bankier, die Dynamitexplosion im Friedberger Rathaus und andres mehr begangen hatte, kam er nach Rln. Hier war in der Maschinenfabrik von H. Rammeisath u. Co. in Rln-Wilgersdorf Streik ausgebrochen, und unter den „nützlichen Elementen“, die in der Streikbrecherkolonne des Agenten Ferber in dem bestellten Betriebe arbeiteten, befand sich auch der Verbrecher Werner! Das Feltene an der Sache ist nun, daß Werner während der ganzen Zeit unter dem besondern Schutze der heiligen Serrnmandat gearbeitet hat!

Bei nur fünfundsanzig streikenden Arbeitern waren zeitweilig nicht weniger denn sieben Gendarmen, drei Schutzleute, zwei Ortspolizisten und zwei Feldhüter zum Schutz der Arbeitswilligen, also auch des ehrenwerten Herrn Werner, herangezogen worden.

Tag und Nacht standen Gendarmereiposten vor und in der kleinen Fabrik; aber keiner der „Hüter der öffentlichen Ordnung“ fand den heftigsten verfolgten Verbrecher. Das blieb der Barmer Polizei vorbehalten, die den Burschen, nachdem der Streik beigelegt und die arbeitswilligenkolonne abgedampft war, verhaftete. Vierzehn Vertreter der bewaffneten Macht bei fünfundsanzig streikenden! — und dabei ist bei dem sieben Wochen dauernden Streik keine einzige Anklage gegen Ausständige erfolgt — aber keiner entdeckte den steckbrieflich gesuchten Werner!

So sehen die Lieblings der Unternehmer, die Schützlinge der Polizei, bei Licht betrachtet aus. Und um dieser Menschenjorte immer noch höhern Schutz angeheßen zu lassen, mühen sich Scharfmacher und Bureaokratie im Schweiße ihres Angesichts. Fürwahr, eine hehre Aufgabe!

Deutsches Reich.

Zum Kampf in der Edelmetallindustrie in Pforzheim.

Die badische Regierung hat in dem Kampfe in der Pforzheimer Edelmetallindustrie einen neuen Vermittlungsversuch gemacht. Sie hat unter dem 18. Dezember dem Metallarbeiterverband — und wahrscheinlich auch den in dem Schreiben genannten übrigen Verbänden — folgende Zuschrift gesteuert:

Großherzogliches Bezirksamt Pforzheim.
Wir übersenden anliegende Abschrift des Erlasses des Sr. Ministeriums des Innern vom 15. d. Mts. Nr. 57 178 nebst 2 Anlagen mit dem Ersuchen, uns Ihre Entscheidung baldigst zu übermitteln.
Reim.

Karlsruhe, den 15. Dezember 1910.

Die Lohnbewegung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie betreffend.

Der Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung hat zwar mit dem an das dortige Bezirksamt gerichteten Schreiben vom 8. d. Mts. den Zeitpunkt und die Vorbedingungen für Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter noch nicht als gegeben erachtet. Da inzwischen wieder eine Woche abgelaufen ist, erachten wir es für unsere Pflicht, angesichts der schweren wirtschaftlichen Schädigungen, welche immer weitere Kreise der dortigen erwerbsfähigen Bevölkerung bei einem längeren Stillstand der Geschäfte bedrohen und im Hinblick auf die großen Verluste des Mittelstandes durch die Ausfälle beim Weihnachtsgeschäft, welche um so empfindlicher sein werden, als erfahrungsgemäß am Schluß des Jahres vielfach Verbindlichkeiten aus Wechseln usw. zu erfüllen sind, nochmals den Versuch zu machen, ob nicht eine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern, wenn möglich noch vor den Festtagen, herbeigeführt werden könnte. Als Grundlage für die Verhandlungen könnten vielleicht die in der Anlage bezeichneten Punkte in Frage kommen.

Wir sind bereit, durch einen Beauftragten des Ministeriums mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hierüber in eine unverbindliche Aussprache einzutreten, wobei in Aussicht genommen werden könnte, daß eine von den Beteiligten zu berufende Kommission von Unparteilichen die Punkte, über welche schließlich keine Verständigung zu erzielen ist, durch einen die Beteiligten bindenden Schiedsspruch zu erledigen hätte.

Hierzu ist dem Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung, ferner den dortigen Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Pfalz-Dunderschen Gewerkschaften (Verbandssekretär Herderer und Mitglied der Ortsverwaltung Reitenmacher Bieleher in Pforzheim) und der christlichen Arbeiterorganisation sowie den etwa inzwischen vom Arbeitgeberverband dorthin benannten Vertretern der nichtorganisierten Arbeiter unter Mitteilung von je zwei Abschriften der Anlage Kenntnis zu geben und Ihre Erklärung baldigst hierher vorzulegen.
Geg. B o b m a n n.

Die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes hat darauf dem Regierungsrat Reim mitgeteilt, wann bis beteiligten Arbeiterkategorien zu den vorgeschlagenen Stellen genommen haben, sie dem Bezirksamt weitere Mitteilung werden zugehen lassen.

Die Vermittlung wiederum abgelehnt.

Die Herren Edelmetallindustriellen haben, wie uns aus Pforzheim berichtet wird, auch den zweiten Vermittlungsversuch des Ministeriums abgelehnt. Dagegen veranstalten sie jetzt unter den Arbeitern eine Urabstimmung originellster Art. Hier der Beschluß der Fabrikantenversammlung:

„Jeder organisierte oder nichtorganisierte Arbeiter erhält seitens des Arbeitgeberverbandes ein Schreiben zugesandt, das am 24. Dezember bei den Arbeitern eintreffen wird. Es wird darin aufgeführt, die beklagende Postkarte, für die er nicht einmal Porto zu zahlen hat, mit seiner Unterschrift zu versehen und „Ja“ oder „Nein“ darauf zu schreiben. „Ja“ heißt, „ich verpflichte mich, die Arbeit am 2. Januar bedingungslos aufzunehmen.“ „Nein“: „Ich beharre im Streik.“

Wenn die Mehrzahl der Arbeiter auch nur eines einzigen, zum Arbeitgeberverband gehörigen Betriebes, für „Nein“ stimmt, d. h. wenn durch das Resultat der Abstimmung auch nur ein Betrieb lahmgelegt wird, so wird die zurzeit bestehende Aussperrung für alle Betriebe bis zum 2. Februar verlängert werden.“

Das ist die Antwort der Industriellen auf die Vermittlungsversuche der Regierung und der Stadtbehörde.